

RUNDBRIEF ZU ÄTHIOPIEN UND ERITREA 2/2021

KOORDINATIONSGRUPPE ÄTHIOPIEN/ERITREA 2025



AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AN FRAUEN: SEXUALISIERTE GEWALT IM TIGRAY-KRIEG IN ÄTHIOPIEN UND INHAFTIERUNG VON CIHAM ALI AHMED IN ERITREA 3

ÄTHIOPIEN: BERICHTE ÜBER VERGEWALTIGUNGEN DURCH TPLF-KÄMPFER IM TIGRAY-KONFLIKT..... 4

ÄTHIOPIEN: ZUSAMMENFASSUNG DES BERICHTS „ICH WEIß NICHT, OB SIE WAHRGENOMMEN HABEN, DASS ICH EIN MENSCH BIN‘ – VERGEWALTIGUNG UND ANDERE SEXUELLE GEWALT IM KONFLIKT IN TIGRAY“ 7

ÄTHIOPIEN: NEUE WELLE VON ETHNISCH MOTIVIERTEN VERHAFTUNGEN IN ADDIS ABEBA GEGEN TIGRAYER:INNEN..... 12

AUSNAHMEZUSTAND IN ÄTHIOPIEN: ALARMIERENDER ANSTIEG VON HASSREDEN IM INTERNET IM ZUGE DER ESKALATION DES TIGRAY-KONFLIKTS 14

ÄTHIOPIEN: HINTERGRÜNDE UND REGIONALE VERFLECHTUNGEN DES TIGRAY-KRIEGS ... 17

BRIEFMARATHON ERITREA: CIHAM ALI AHMED SEIT 9 JAHREN INHAFTIERT 18

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützern, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Staaten und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle seine Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen Menschenrechtsverträgen verankert sind, genießen kann. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Foto auf der ersten Seite: Ausschnitt der „Charities and Societies Proclamation“, die 2009 in Äthiopien verabschiedet wurde und zu starken Einschränkungen der Menschenrechtsarbeit im Land führte.

Copyright bei Amnesty International

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



EINLEITUNG

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AN FRAUEN: SEXUALISIERTE GEWALT IM TIGRAY-KRIEG IN ÄTHIOPIEN UND INHAFTIERUNG VON CIHAM ALI AHMED IN ERITREA

Frauenrechte sind Menschenrechte – in Äthiopien und Eritrea zeigen aktuelle Amnesty-Berichte und Recherchen, dass bei andauernden Menschenrechtsverletzungen Frauen besonders leidtragende sind. In **Äthiopien** eskaliert das Kriegsgeschehen, ein Jahr nach Beginn des Tigraykriegs wurde der Ausnahmezustand ausgerufen: Die Zivilbevölkerung und insbesondere Frauen leiden unter Menschenrechtsverletzungen: sexualisierte Gewalt, Hate Speech und ethnisch motivierte Inhaftierungen werden durch verschiedene Konfliktparteien ausgeübt. Gleichzeitig haben humanitäre Hilfsorganisationen weiterhin keinen ausreichenden Zugang zum Norden Äthiopiens (Tigray, Amhara und Afar) und selbst in Addis Abbeba wurden UN-Mitarbeiter*innen und ihre Angehörigen inhaftiert. Die Artikel in diesem Rundbrief greifen die verschiedenen Menschenrechtsverletzungen auf und gehen auf die Hintergründe ein. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf sexualisierter Gewalt, da sich in den letzten Wochen zwei Berichte von Amnesty diesem Thema widmeten.

Auch in **Eritrea** spielen Menschenrechtsverletzungen an Frauen eine Rolle: In diesem Jahr widmet sich der Briefmarathon dem heftigen Schicksal von Ciham Ali Ahmed. 2012 wurde sie mit nur 15 Jahren bei der Flucht an der Grenze zum Sudan festgenommen. Seitdem ist sie in Eritrea inhaftiert, ohne dass Ihre Familie Kontakt zu ihr hat. Ihr Aufenthaltsort ist unbekannt und es liegt keine Anklage gegen sie vor.

ÄTHIOPIEN: BERICHTE ÜBER VERGEWALTIGUNGEN DURCH TPLF-KÄMPFER IM TIGRAY-KONFLIKT



Kämpfer der Tigray People's Liberation Front (TPLF) in Mekele, der Hauptstadt der Region Tigray in Äthiopien im Juni 2021. © YASUYOSHI CHIBA/AFP via Getty Images

November 2021: Bei der Offensive der TPLF im sogenannten Tigray-Konflikt in Äthiopien haben Angehörige der TPLF Frauen in der Region Amhara vergewaltigt, gedemütigt und rassistisch beleidigt. Dies belegen Recherchen von Amnesty International. Mehrere Frauen berichteten Amnesty International, dass TPLF-Angehörige die Vergewaltigungen als Racheakte für die sexualisierte Gewalt von äthiopischen Streitkräften gegenüber Frauen in Tigray bezeichneten.

Sechzehn Frauen aus der Stadt Nifas Mewcha in der äthiopischen Region Amhara berichteten Amnesty International, dass sie von Kämpfern der Volksbefreiungsfront (Tigray People's Liberation Front - TPLF) vergewaltigt wurden, als diese die Stadt Mitte August 2021 angriffen.

Die Überlebenden gaben an, dass sie von TPLF-Kämpfern mit vorgehaltener Waffe vergewaltigt, ausgeraubt und beleidigt wurden. Außerdem zerstörten und plünderten diese die medizinischen Einrichtungen der Stadt. Vierzehn der 16 von Amnesty International befragten Frauen berichteten außerdem, dass sie von mehreren Männern vergewaltigt worden waren.

Im Rahmen einer laufenden Offensive in Teilen der Regionen Amhara und Afar hatte die gegen die Regierungstruppen kämpfende TPLF zwischen dem 12. und 21. August 2021 neun Tage lang die Kontrolle über Nifas Mewcha im Bezirk Gaint übernommen. Vertreter_innen der Regionalregierung berichteten Amnesty

International, dass sich später mehr als 70 Frauen bei den Behörden gemeldet hatten, um eine Vergewaltigung in diesem Zeitraum anzuzeigen.

"Die Aussagen der Überlebenden beschreiben verabscheuungswürdige Taten der TPLF-Kämpfer, die Kriegsverbrechen und möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Diese Handlungen entbehren jeglicher Moral. Hier ist kein Fünkchen Menschlichkeit mehr zu erkennen", sagte Agnès Callamard, internationale Generalsekretärin von Amnesty International. "Die TPLF-Kämpfer müssen unverzüglich alle Menschenrechtsverstöße und Verletzungen des humanitären Völkerrechts, einschließlich sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, einstellen. Ihre Führungskräfte müssen deutlich machen, dass solche Übergriffe nicht geduldet werden und mutmaßliche Täter aus ihren Reihen entfernen."

Massenvergewaltigungen und Schläge

Amnesty International nutzte eine sichere Videokonferenz-Anwendung, um mit 16 Überlebenden sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt aus Nifas Mewcha einzeln sprechen zu können. Amnesty befragte außerdem die Leitung des Krankenhauses von Nifas Mewcha sowie lokale und regionale Regierungsvertreter_innen, die etwas zu dem Überfall und seinen Folgen berichten konnten.

Überlebende gaben an, dass die Angriffe sofort begannen, nachdem die TPLF am 12. August 2021 die Kontrolle über die Stadt übernommen hatte. Die Frauen konnten die Täter anhand ihres Akzents, ihrer rassistischen Beleidigungen, sowie deren eigenen Angaben, dass sie zur TPLF gehörten, als TPLF-Kämpfer identifizieren.

Gebeyanesh* ¹, eine 30-jährige Lebensmittelverkäuferin, berichtete Amnesty International:

"Es ist nicht leicht, zu erzählen, was sie mir angetan haben. Sie haben mich vergewaltigt. Drei von ihnen vergewaltigten mich, während meine Kinder zusahen und weinten. Mein älterer Sohn ist zehn und der andere neun Jahre alt. (...) [Die Kämpfer] haben gemacht, was sie wollten und dann sind sie gegangen. Sie haben mich auch geschlagen und Shiro und Berbere [lokale Lebensmittel] mitgenommen. Sie haben mich gehohlet [und] getreten. Sie haben ihre Gewehre entsichert, als ob sie mich erschießen wollten."

Die TPLF-Kämpfer beschimpften die Frauen mit erniedrigenden rassistischen Begriffen. Sie nannten sie "Amhara-Esel" oder "gierige Amhara". Mehrere Frauen berichteten Amnesty International, dass TPLF-Angehörige die Vergewaltigungen als Racheakte für die sexualisierte Gewalt von äthiopischen Streitkräften

¹ *Hinweis: Die Namen aller Befragten wurden aufgrund von Sicherheitsbedenken pseudonymisiert.

gegenüber Frauen in Tigray bezeichneten. Amnesty International hat bereits früher weit verbreitete Vergewaltigungen und sexualisierte Gewalt durch regierungsnahen Truppen und Milizen in Tigray dokumentiert.

Nach den Vergewaltigungen sollen die TPLF-Kämpfer die Häuser der Frauen geplündert haben. Die Überlebenden berichteten von Kämpfern, die Lebensmittel, Schmuck, Bargeld und Mobiltelefone gestohlen haben. Viele der Betroffenen leben von der Hand im Mund und arbeiten in schlecht bezahlten und informellen Jobs, betreiben kleine Unternehmen oder sind in der Sexarbeit tätig.

Schwere gesundheitliche Folgen

Fünfzehn der 16 von Amnesty International befragten Frauen gaben an, infolge der Übergriffe unter körperlichen und psychischen Problemen zu leiden. Sie beschrieben eine Vielzahl von Symptomen, darunter Rückenschmerzen, Blut im Urin, Schwierigkeiten beim Gehen, Angstzustände und Depressionen.

Zwei der Frauen sind nach der Vergewaltigung im privaten Rahmen notdürftig medizinisch versorgt worden. Doch da das Krankenhaus und die Gesundheitsstation der Stadt im Zuge des TPLF-Angriffs beschädigt und geplündert wurden, hat keine der befragten Überlebenden Zugang zu einer umfassenden Behandlung. Es stehen weder Notfallverhütungsmittel noch eine Notfallprophylaxe für HIV und sexuell übertragbare Infektionen zur Verfügung. Eine Beurteilung und die Behandlung von Verletzungen sowie eine gezielte Psychotherapie sind unmöglich.

Vertreter_innen der Regionalregierung von Amhara teilten Amnesty International mit, dass die Bewohner_innen von Nifas Mewcha – darunter 54 Überlebende von Vergewaltigungen – seit dem Angriff Unterstützung für ihren Lebensunterhalt erhalten hätten. Außerdem planten sie, die geplünderten Krankenhäuser und Einrichtungen in der Region mit medizinischer Ausrüstung und anderen Hilfsgütern zu versorgen und den Überlebenden Beratung und psychosoziale Dienste anzubieten.

"Die äthiopische Regierung muss ihre Bemühungen um eine umfassende Unterstützung von Überlebenden sexualisierter Gewalt und anderen Opfern des Konflikts beschleunigen. Als ersten Schritt muss sie dringend den sofortigen und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu allen vom Konflikt betroffenen Gebieten in Nordäthiopien ermöglichen", sagte Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International.

"Die Regierung muss außerdem dafür sorgen, dass alle Vorwürfe im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt unverzüglich, wirksam, unabhängig und unparteiisch untersucht werden. Sie muss die mutmaßlich Verantwortlichen vor öffentlich zugängliche Zivilgerichte stellen, die die internationalen Standards für

faire Gerichtsverfahren erfüllen und in denen nicht auf die Todesstrafe zurückgegriffen wird. Außerdem muss es für die Überlebenden eine Wiedergutmachung geben."

Die gesamte englischsprachige Veröffentlichung finden Sie unter:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/11/ethiopia-survivors-of-tplf-attack-in-amhara-describe-gang-rape-looting-and-physical-assaults/>

ÄTHIOPIEN: ZUSAMMENFASSUNG DES BERICHTS „‘ICH WEIß NICHT, OB SIE WAHRGENOMMEN HABEN, DASS ICH EIN MENSCH BIN‘ – VERGEWALTIGUNG UND ANDERE SEXUELLE GEWALT IM KONFLIKT IN TIGRAY“

"Sie vergewaltigten mich einer nach dem anderen... Ich weiß nicht, ob sie begriffen, dass ich schwanger war. Ich weiß nicht, ob ihnen klar war, dass ich ein Mensch bin." Eine tigrayanische Frau, die im November 2020 von mehreren Tätern in Baaker, West-Tigray, vergewaltigt wurde.

Während des Konflikts, der am 4. November 2020 in Tigray - der nördlichsten Region Äthiopiens - begann, haben Truppen, die zur Unterstützung der äthiopischen Regierung kämpfen, zahlreiche Vergewaltigungen an ethnischen tigrayischen Frauen und Mädchen verübt. Zu den Tätern gehören Angehörige der eritreischen Verteidigungskräfte (EDF), der äthiopischen Nationalen Verteidigungskräfte (ENDF), die Spezialeinheiten der Amhara-Regionalpolizei (ASF) und Fano, eine informelle Amhara-Milizgruppe. Angesichts des Kontextes, des Ausmaßes und der Schwere der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Tigray handelt es sich bei den Verstößen um Kriegsverbrechen und möglicherweise um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In diesem Bericht legt Amnesty International die überwältigenden Beweise dar, die es gesammelt hat; sie zeigen, dass äthiopische und eritreische Soldaten und Mitglieder verbündeter Milizen für Vergewaltigungen und andere Formen von sexueller Gewalt in Tigray verantwortlich sind. Die Organisation appelliert an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, dringend sein Expertenteam für Rechtsstaatlichkeit und sexuelle Gewalt in Konflikten in die Region Tigray zu entsenden, wie es in der Resolution 1888 des UN-Sicherheitsrates vorgesehen ist.

Die von Amnesty International dokumentierte sexuelle Gewalt ging einher mit einem schockierenden Ausmaß an Brutalität, einschließlich Schlägen, Todesdrohungen und ethnischen Beleidigungen. Einige der Opfer wurden von den

Tätern tage- und wochenlang gefangen gehalten, was einer sexuellen Sklaverei gleichkam; andere wurden vor den Augen ihrer Kinder und anderer Familienmitglieder vergewaltigt.

Die Häufigkeit von Vergewaltigungen lässt sich nur schwer einschätzen, da über sexuelle Gewalt aus Angst und Stigmatisierung im Allgemeinen zu wenig berichtet wird und die äthiopische Regierung internationalen nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen keinen Zugang zur Region Tigray gewährt, um diese Verbrechen zu untersuchen. Während viele, möglicherweise die meisten, Überlebende sexueller Gewalt während des Konflikts keinen Zugang zu medizinischer Versorgung hatten, registrierten die Gesundheitseinrichtungen in Tigray 2021 von Februar bis April 1.288 Fälle sexueller Gewalt; dabei gaben Ärzte an, dass dies höher sei als in den Vorjahren und in der überwältigenden Mehrheit der Fälle mit dem Konflikt zusammenhänge. Nur eine dieser Einrichtungen verzeichnete 376 Vergewaltigungsfälle, die zwischen dem Beginn des Konflikts und dem 9. Juni 2021 begangen wurden. Viele der von Amnesty International befragten Überlebenden hatten jedoch überhaupt keine Gesundheitseinrichtungen aufgesucht, was darauf hindeutet, dass diese Zahlen wahrscheinlich nur einen kleinen Teil der begangenen Vergewaltigungen ausmachen.

Die Folgen von Vergewaltigungen sind schwerwiegend. Überlebende und Familienangehörige leiden häufig unter gesundheitlichen Problemen – einschließlich psychischer Probleme – aufgrund der ihnen angetanen Gewalt. Viele Überlebende klagten über körperliche Traumata wie anhaltende Blutungen, Schmerzen, Inkontinenz, Unbeweglichkeit und Fisteln. Nach Angaben des Gesundheitspersonals im Shire-Krankenhaus wurden drei Überlebende aufgrund von Vergewaltigungen HIV-positiv getestet (ebenso wie mindestens eine Frau in den Lagern im Sudan). Depressionen, Schlaflosigkeit, Angstzustände und andere Formen emotionalen Leids sind bei den Überlebenden und deren Familienmitgliedern, die Zeugen der Misshandlungen waren, ebenfalls weit verbreitet.

Betroffene und ihre Angehörige schilderten Amnesty, welche schwerwiegenden Folgen die erlebte Gewalt auf sie hat. So beschreibt Lulit, eine 35-jährige Witwe und Mutter von drei Mädchen, sie sei im November 2020 von sieben Amhara-Milizen vergewaltigt worden. Danach floh sie in den Sudan, wo sie sich in einer Klinik untersuchen ließ und HIV-positiv war. Sie sagte, sie habe Medikamente gegen HIV erhalten, aber sie leide immer noch sehr. "Ich habe große Schmerzen", sagte sie. Lulits Arzt sagte Amnesty International, dass Lulit zusätzlich zu den körperlichen Schmerzen und Verletzungen auch unter starken Ängsten leidet, weil sie von ihrer 16-jährigen Tochter getrennt wurde, die zusammen mit ihr entführt worden war.

Meaza, eine 37-jährige Frau, wurde 15 Tage von eritreischen Soldaten festgehalten und in der Zeit von mehreren Tätern anal vergewaltigt. Sie sprach mit

Amnesty International über die daraus resultierenden körperlichen Schäden: „Ich hatte starke Schmerzen in meiner Gebärmutter und erlitt einen Darmvorfall. Ich hatte 13 Tage lang starke Schmerzen. Im Krankenhaus wollten sie mich operieren, aber sie hatten nicht die richtigen Medikamente. Die Wunde brauchte Zeit, um zu heilen. Ich musste stark sein, denn ich war die Einzige, die für meine Kinder da war, da ihr Vater tot war.“

Der Vater eines 10-jährigen Mädchens, das vergewaltigt wurde, sagte, seine Tochter leide weiterhin unter den körperlichen und geistigen Folgen des Übergriffs: „Jetzt hat sie schwere Krämpfe im Magen. Ich vermutete, dass sie positiv auf HIV getestet werden würde, aber sie wurde negativ getestet ...Anfangs hatte sie Schmerzen im Magen, sie hatte Probleme beim Pinkeln, sie hatte einen furchtbaren Albtraum, der sie nachts heimsuchte. Nun geht es ihr besser, weil wir versuchen, mit ihr zu reden, und das hilft.“

Für Überlebende sexueller Gewalt in Tigray stehen, wenn überhaupt, nur begrenzte Schutz-, Rehabilitations- und Existenzsicherungsdienste zur Verfügung, da Gesundheitseinrichtungen während des Konflikts beschädigt und geplündert wurden und medizinisches Personal geflohen ist. Insbesondere die Versorgung nach einer Vergewaltigung ist begrenzt oder nicht vorhanden. Die Genesung der Überlebenden sexueller Gewalt ist nur schwer fassbar, da viele von ihren wichtigsten Unterstützungssystemen – Familie und Freunde – aufgrund des aktiven Konflikts in Tigray getrennt sind, und aus Angst vor Stigmatisierung und Repressalien. Der Konflikt hat auch andere Unterstützungs- und Reaktionssysteme demontiert, die früher zur Verfügung standen, wie Gesundheitseinrichtungen, Schutzeinrichtungen und die örtliche Polizei.

Der Konflikt hat dazu geführt, dass Überlebende sexueller Gewalt zusammen mit anderen Einwohner_innen von Tigray aus ihren Häusern und Ortschaften vertrieben wurden. Die meisten der von Amnesty International befragten Opfer lebten in einem Flüchtlingslager im Sudan oder in Vertriebenenlagern in Shire, östlich des Flusses Tekeze, wo die humanitären Bedingungen schrecklich und die Sicherheitslage schlecht ist.

Die Befragten in den Lagern in Shire berichteten Amnesty International, dass sie nur begrenzte oder gar keine Hilfe für den Lebensunterhalt, medizinische Versorgung oder psychosoziale Unterstützung erhielten. Überlebende von Vergewaltigungen und ihre Familien sagten, dass es ihnen an Nahrung, Unterkunft und Kleidung fehle, da nur begrenzte humanitäre Hilfe zur Verfügung steht.

Lokale Initiativen von Einwohnern von Shire stellen einigen Opfern in Vertriebenenlagern und Krankenhäusern Hygienesets zur Verfügung, diese reichen jedoch nicht aus, um den Bedarf zu decken. Es gibt nur wenige medizinische Einrichtungen, die Dienste wie Chirurgie, Abtreibung, HIV, HIV-Tests und Medikamente zur Prophylaxe anbieten, und es gibt sie nur in größeren

Städten, so dass sie für Überlebende in ländlichen Gebieten nicht leicht zugänglich sind. Überlebende sexueller Gewalt in den Flüchtlingslagern im Sudan, wo die Lebensbedingungen sehr schlecht sind, haben Amnesty International ebenfalls berichtet, dass sie nur begrenzten Zugang zu Hilfe für den Lebensunterhalt und Gesundheitsversorgung haben.

Amnesty International hat sich am 26. Juli 2021 schriftlich an die Regierungen Äthiopiens und Eritreas gewandt, um ihnen die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung mitzuteilen und sie um eine Antwort zu bitten. Die Briefe wurden per E-Mail an das Büro des Premierministers, das Büro des Generalstaatsanwalts und den Minister für Frauen, Kinder und Jugend Äthiopiens geschickt, mit Kopien an die äthiopische Botschaft in Nairobi und die äthiopische Menschenrechtskommission. Amnesty International schrieb auch an den Informationsminister der eritreischen Regierung und einen hochrangigen Berater von Präsident Isaias Afwerki. Die Botschaft von Eritrea in Kenia weigerte sich mehrmals, ein Schreiben entgegenzunehmen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts hatte die Organisation noch keine Antworten erhalten.

Zu den dringlichsten Forderungen von Amnesty International an die betroffenen Parteien gehören:

An die äthiopische Regierung:

- Sie soll sicherstellen, dass Anschuldigungen über sexuelle Gewalt, die seit dem Ausbruch des Konflikts in der Region Tigray verübt wurden, umgehend, effektiv, unabhängig und unparteiisch untersucht und die, die der strafrechtlichen Verantwortung verdächtigt werden, vor offene, zugängliche Zivilgerichte – in voller Übereinstimmung mit den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren ohne Rückgriff auf die Todesstrafe – gestellt werden. Gegebenenfalls sollte gegen diejenigen, die verdächtigt werden, Vergewaltigungen oder sexuelle Sklaverei begangen zu haben, wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Folter und Verfolgung ermittelt werden.
- Sie soll klare Befehle an die äthiopischen Streit- und Sicherheitskräfte erteilen, die sexuelle Gewalt und alle anderen Verstöße gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht verbieten.

An die eritreische Regierung:

- Sie soll klare Befehle an die eritreischen Streit- und Sicherheitskräfte erteilen, die sexuelle Gewalt und andere Verstöße gegen die internationalen

Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht verbieten und sicherstellen, dass die eritreischen Streitkräfte und alle anderen relevanten Institutionen uneingeschränkt bei den Ermittlungen zu sexueller Gewalt in Tigray kooperieren.

An die Afrikanische Union:

- Sie soll ihre guten Verbindungen nutzen, um Äthiopien zu ermutigen, der Untersuchungskommission zur Lage der Region Tigray in Äthiopien – die von der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker eingesetzt wurde – unverzüglich und ungehindert Zugang zur Region Tigray in Äthiopien zu gewähren, damit diese vor Ort Untersuchungen von mutmaßlichen Verstößen gegen internationale Menschenrechtsnormen und gegen humanitäres Völkerrechts, einschließlich sexueller Gewalt, durchführt.
- Sie soll ihr öffentliches und privates Engagement in Bezug auf den Tigray-Konflikt verstärken, u.a. indem sie das Themas dem Friedens- und Sicherheitsrat der AU vorlegt.

An den UN-Generalsekretär:

- Er soll sein Expertenteam für Rechtsstaatlichkeit und sexuelle Gewalt in Konflikten in die Region Tigray in Äthiopien entsenden, wie in der Resolution 1888 des Sicherheitsrates vorgesehen, in der der Generalsekretär aufgefordert wird „geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um rasch ein Expertenteam in Situationen zu entsenden, die im Hinblick auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten besonders besorgniserregend sind“; und er soll seinen Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt in Konflikten entsenden, um einen Besuch in Tigray und/oder in Lagern im Sudan durchzuführen, um mit Überlebenden zu sprechen und Bericht zu erstatten, einschließlich über deren Prioritäten, Unterstützung und Gerechtigkeit betreffend.
- Als Teil einer umfassenderen Politik soll sichergestellt werden, dass alle Mitglieder der nationalen Streitkräfte überprüft werden, bevor sie für Friedensoperationen oder friedenserhaltende Missionen der Afrikanischen Union eingesetzt werden, um sicherzustellen, dass sie keine schweren Verstöße gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht begangen haben und dass keine Mitglieder der äthiopischen oder eritreischen Streitkräfte zu solchen multilateralen Missionen entsandt werden, bevor sie vollständig überprüft worden sind.

Den gesamten Bericht aus dem August 2021 findet man auf Englisch unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/4569/2021/en/>

ÄTHIOPIEN: NEUE WELLE VON ETHNISCH MOTIVIERTEN VERHAFTUNGEN IN ADDIS ABEBA GEGEN TIGRAYER:INNEN

November 2021. Die Sicherheitskräfte in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba haben willkürliche Verhaftungen und Massenverhaftungen von Tigrayer_innen, darunter auch Kinder und ältere Menschen, als Teil einer eskalierenden Razzia durchgeführt, so Amnesty International. Die meisten Gefangenen werden ohne Anklage oder Zugang zu einem Anwalt festgehalten.

Diese Massenverhaftungen haben ein derartiges Klima der Angst geschaffen, dass die Tigrayer_innen, mit denen Amnesty International gesprochen hat, befürchten, dass sie jederzeit in Addis Abeba festgenommen werden könnten.

Deprose Muchena, Direktor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika beschreibt die Situation so: „Die Verhaftungen haben zugenommen, seit die Regierung vor 10 Tagen den Ausnahmezustand verhängte, nachdem Kämpfer der Tigray People's Liberation Front (TPLF) strategische Städte in der Region Amhara, etwa 400 km von Addis Abeba entfernt, unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Die Verhaftungen erfolgen durch Hausdurchsuchungen der Sicherheitskräfte mit Unterstützung von Bürgerwehrgruppen, die die Ausweise der Menschen auf der Straße überprüfen. Die Festgenommenen, darunter Beamte, orthodoxe Priester und ein Rechtsanwalt, werden in Jugendzentren und anderen informellen Haftanstalten in ganz Addis Abeba festgehalten, da die Polizeistationen überfüllt sind.

"Diese Massenverhaftungen haben ein derartiges Klima der Angst geschaffen, dass die Tigrayer, mit denen Amnesty International gesprochen hat, befürchten, dass sie jederzeit festgenommen werden könnten. Diejenigen, die derzeit inhaftiert sind, wurden weder angeklagt noch vor Gericht gestellt, und viele wurden allein aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit ins Visier genommen", sagte Deprose Muchena. „Die Behörden müssen sicherstellen, dass die Familien über den Aufenthaltsort und den Status aller Inhaftierten informiert werden und dass jeder, der seiner Freiheit beraubt wird, unverzüglich Zugang zu Anwält_innen und Familienangehörigen erhält.

Die Regierung verhängte am 2. November den Ausnahmezustand, der am 4. November vom Parlament angenommen wurde. Der Ausnahmezustand erlaubt es den Behörden, Personen ohne Haftbefehl festzunehmen und zu inhaftieren, wenn der "begründete Verdacht" besteht, dass sie mit "terroristischen Gruppen"

zusammenarbeiten, und sie ohne gerichtliche Überprüfung zu inhaftieren. Diese Regelung gilt solange der Ausnahmezustand in Kraft ist, derzeit für sechs Monate. Einige dieser Maßnahmen verstoßen gegen internationale Menschenrechtsvorschriften, die willkürliche Inhaftierungen und Diskriminierung unter allen Umständen verbieten.

Amnesty International hat acht Personen - Familien, Freunde und Anwälte von Inhaftierten - befragt, die berichteten, Hunderte von Tigrayer_innen an sechs verschiedenen Orten inhaftiert gesehen zu haben. Es ist derzeit unmöglich, die genaue Zahl der Inhaftierten zu ermitteln, aber es handelt sich um Hunderte und möglicherweise Tausende.

Einige wenige Familienmitglieder und Freunde hatten in begrenztem Umfang und unregelmäßig Zugang zu den Inhaftierten. Vielen wurde jedoch der Zugang zu einem Anwalt verweigert. Darüber hinaus berichteten die Befragten Amnesty International, dass die Polizei einige der Inhaftierten an Orte in den Außenbezirken von Addis Abeba verlegt hat.

Zwei von Amnesty International befragte tigrayische Anwälte erklärten, sie rechneten jederzeit damit, dass Sicherheitskräfte an der Tür klopfen und hätten deshalb ihre Taschen bereits zum Aufbruch gepackt.

Die Vereinten Nationen haben bekannt gegeben, dass sich unter den Verhafteten in Addis Abeba auch Mitarbeiter_innen der Vereinten Nationen befinden, sowie 72 UN-LKW-Fahrer, die in Semera, Afar, festgenommen wurden.

Seit Beginn des Konflikts zwischen der TPLF und den Streitkräften der Äthiopischen Regierung vor einem Jahr wurden Tausende von Menschen getötet und mehr als zwei Millionen aus ihren Häusern vertrieben. Die Konfliktparteien sind für Kriegsverbrechen und schreckliche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, darunter weit verbreitete Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt sowie Massaker an unbewaffneten Zivilist_innen.

"Die äthiopische Regierung muss die ethnisch motivierten willkürlichen Verhaftungen sofort beenden und den Ausnahmezustand ändern, um ihn mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen", so Deprese Muchena.

Hier der Link zum englischsprachigen Originalartikel: [Ethiopia: Tigrayans targeted in fresh wave of ethnically motivated detentions in Addis Ababa - Amnesty International](#)

AUSNAHMEZUSTAND IN ÄTHIOPIEN: ALARMIERENDER ANSTIEG VON HASSREDEN IM INTERNET IM ZUGE DER ESKALATION DES TIGRAY-KONFLIKTS

November 2021. Äthiopien steht am Rande einer Menschenrechts- und humanitären Katastrophe, warnte Amnesty International inmitten beunruhigender Entwicklungen im Zusammenhang mit dem eskalierenden Tigray-Konflikt.

Am 4. November erteilte sich die äthiopische Regierung weitreichende neue Notstandsbefugnisse, die die Menschenrechte willkürlich einschränken und die Unabhängigkeit der Justiz bedrohen.

In der Zwischenzeit hat die Zahl der Posts in den sozialen Medien, in denen zu ethnischer Gewalt aufgerufen wird, alarmierend zugenommen, und Regierungsvertreter haben die Zivilbevölkerung aufgefordert, zu Waffen zu greifen, um gegen die Tigray People's Liberation Front (TPLF) und die Oromo Liberation Army (OLA) vorzugehen, die sich kürzlich gegen die Zentralregierung zusammengeschlossen haben.

"Die katastrophale humanitäre und Menschenrechtskrise, die vor einem Jahr in Tigray begann, hat sich auf andere Gebiete des Landes ausgeweitet. Um zu verhindern, dass die Situation außer Kontrolle gerät, müssen die äthiopischen Behörden dringend ernsthafte Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht geachtet werden", sagte Deprese Muchena, Regionaldirektor für das östliche und südliche Afrika bei Amnesty International.

Ausnahmezustand

Das äthiopische Parlament hat am 4. November, genau ein Jahr nach Beginn des bewaffneten Konflikts mit der TPLF, den Ausnahmezustand verhängt.

Die Notstandsverordnung ist übermäßig weit gefasst, da sie sich auf das gesamte Land erstreckt und Menschenrechte einschränkt, die nach internationalem Recht unter keinen Umständen eingeschränkt oder ausgesetzt werden dürfen.

Die Notstandsverordnung erlaubt den Behörden beispielsweise, jede Person ohne Haftbefehl zu verhaften, wenn der "begründete Verdacht" besteht, dass sie mit "terroristischen Gruppen" zusammenarbeitet, und sie ohne gerichtliche Überprüfung so lange festzuhalten, wie die Proklamation in Kraft ist, derzeit also sechs Monate.

Dies könnte besonders besorgniserregende Auswirkungen auf Menschenrechtsverteidigerinnen und Journalisten haben. Die Notstandsverordnung ermöglicht es, die Lizenzen von

Nichtregierungsorganisationen und Medien auszusetzen oder zu entziehen, wenn sie im Verdacht stehen, "terroristische Organisationen" direkt oder indirekt materiell oder moralisch zu unterstützen - Begriffe, die nicht genau definiert sind und weit ausgelegt werden können.

Zu Beginn dieses Jahres dokumentierte Amnesty International Massenverhaftungen und willkürliche Inhaftierungen von Tigrayer_innen, darunter Journalisten und ein Menschenrechtsaktivist, denen die Regierung Verbindungen zur TPLF unterstellte. Die TPLF wird von der äthiopischen Regierung als terroristische Vereinigung eingestuft.

Die Notstandsverordnung erlaubt auch das Verbot jeglicher Form der Meinungsäußerung, die sich gegen "die Durchführung des Notstands und den Zweck der Verordnung" richtet, und stellt die Unabhängigkeit der Justiz in Frage.

"Der weitreichende Charakter dieses Ausnahmezustands ist eine Blaupause für die Eskalation von Menschenrechtsverletzungen, einschließlich willkürlicher Verhaftungen, insbesondere von Menschenrechtsverteidigerinnen, Journalisten, Minderheiten und Regierungskritiker_innen. Außerdem werden die Inhaftierten einem erhöhten Risiko von Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt", sagte Deprese Muchena.

Zivilisten werden aufgefordert, zu den Waffen zu greifen

Eine weitere besorgniserregende Entwicklung ist, dass Regierungsbeamte in mehreren äthiopischen Regionen die Zivilbevölkerung kürzlich aufgefordert haben, zu Waffen zu greifen, um die laufende Offensive der TPLF abzuwehren.

In der Hauptstadt Addis Abeba haben Regierungsbeamte die Zivilbevölkerung aufgefordert, sich zu organisieren, um ihre Umgebung zu schützen und Waffen zu registrieren oder sie an Nachbarn abzugeben, wenn sie selbst nicht in der Lage sind, sie zu benutzen. Ähnliche Aufrufe zu Waffengewalt wurden auch von den Regionalregierungen in Amhara, Oromia und Somali veröffentlicht.

Dieser Aufruf zu Waffen gefährdet die Rechte und sogar das Leben der Menschen, da er die Bildung von unausgebildeten und nicht rechenschaftspflichtigen Milizen begünstigt. Solche Gruppen haben in diesem Konflikt bereits Kriegsverbrechen begangen, darunter rechtswidrige Tötungen, Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalt, die sich gegen Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit richten.

Zunahme von Hassreden im Internet

Am 3. November entfernte Facebook einen Beitrag des äthiopischen Premierministers Abiy Ahmed mit der Begründung, er habe gegen die Richtlinien der Plattform gegen Aufrufe zu Gewalt verstoßen.

Amnesty International hat jedoch festgestellt, dass in letzter Zeit andere Beiträge in den sozialen Medien, die zu Gewalt aufriefen und ethnische Verunglimpfungen gegen Tigrayer_innen enthielten, erheblich zugenommen haben und zum Teil ungeprüft blieben. Laut einer Analyse einer lokalen Menschenrechtsorganisation gehörten einflussreiche Personen wie Journalist_innen und Politiker_innen zu denjenigen, die diese Beiträge teilten, und die Social-Media-Plattformen entfernten sie nur langsam.

"Die äthiopischen Behörden sind verpflichtet, Hassrede zu verbieten, die zu Feindseligkeit, Diskriminierung oder Gewalt anstiftet. Die Behörden müssen dringend alle Aussagen verurteilen, ob online oder anderweitig, die Gewalt gegen eine bestimmte ethnische Gruppe befürworten. Angesichts der zunehmenden politischen und ethnischen Spannungen in Äthiopien sind auch die Unternehmen der sozialen Medien in der Verantwortung, ihre Bemühungen um die Moderation von Inhalten rasch zu verstärken und dafür zu sorgen, dass die Algorithmen ihrer Plattformen nicht zu Gewalt aufrufen", sagte Deprose Muchena.

Zivilist_innen in Gefahr bei Eskalation

Amnesty International appelliert erneut an alle Konfliktparteien in Äthiopien, das humanitäre Völkerrecht zu achten und die Zivilbevölkerung zu schützen. Führende Politiker_innen auf allen Seiten müssen außerdem auf die Aufrufe zu Gewalt gegen Personen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit verzichten.

Seit Beginn des Konflikts in der Tigray-Region im November 2020 hat die Organisation Kriegsverbrechen der äthiopischen Streitkräfte, der eritreischen Streitkräfte und der Amhara-Kräfte dokumentiert und immer mehr Vorwürfe von Kriegsverbrechen durch die TPLF erhoben. Die Oromo-Befreiungsarmee (OLA) wurde wiederholt in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt, vor allem in Angriffe auf ethnische Amhara-Minderheiten in West-Oromia.

Zu den Verstößen der Kriegsparteien gehören Massaker, außergerichtliche Tötungen von Gefangenen und sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Der erschwerte Zugang humanitärer Organisationen zu den vom Konflikt betroffenen Gebieten und die Angriffe auf Mitarbeiter_innen und Einrichtungen von Hilfsorganisationen haben die katastrophale humanitäre Lage infolge des Konflikts erheblich verschlimmert.

"Die afrikanischen Staats- und Regierungschefs und andere einflussreiche internationale Akteure müssen allen Parteien in Äthiopien klarmachen, dass sie die Zivilbevölkerung schützen, die Aufwiegelung beenden, ungehinderten humanitären Zugang und Überwachung zulassen und die Menschenrechte achten müssen", sagte Deprose Muchena. "Die Parteien müssen verstehen, dass diejenigen, die für Kriegsverbrechen und andere Verstöße verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden."

Hier der Englischsprachige Originalartikel: [Ethiopia: Sweeping emergency powers and alarming rise in online hate speech as Tigray conflict escalates - Amnesty International](#)

ÄTHIOPIEN: HINTERGRÜNDE UND REGIONALE VERFLECHTUNGEN DES TIGRAY-KRIEGS

Wer kämpft in Tigray?

Im Juli 2021 veröffentlichte Le Monde Diplomatique einen Bericht, in dem darauf hingewiesen wird, dass es in der Region Tigray, die im Norden Äthiopiens an der Grenze zu Eritrea liegt, nicht nur um einen Konflikt zwischen der Zentralregierung in Addis Abeba und Aufständischen in der Region geht. Vielmehr spielten auch die Nachbarländer Eritrea im Norden und Sudan, der die westliche Grenze zu Tigray markiert, eine bedeutende Rolle. Eritrea, indem es Abiy Ahmed im bewaffneten Kampf gegen die TPLF unterstützt und der Sudan, der Flüchtlinge aus der Region aufnimmt, und so die schlimmsten humanitären Folgen mildert.

In dem Bericht werden sowohl die kriegerischen Ereignisse seit November 2020 und deren verheerende Auswirkungen auf die Bevölkerung dargestellt, als auch wird versucht, politische und historische Gründe für diese Entwicklungen zu erläutern. Man beschreibt die desolate Situation der Bevölkerung in Tigray nach den jüngsten Massakern und die Rolle der TPLF – seit 1991 Äthiopien regierende Partei, die nach der Amtsübernahme durch Abiy Ahmed im Jahr 2018 ihre Privilegien verlor. Es wird ebenfalls die Entwicklung beschrieben, die Abiy Ahmed, der zunächst international als Hoffnungsträger für eine liberalere Politik in Äthiopien galt, nun nimmt und behauptet, dass er sich, seinen Vorgängern ähnlich, in Richtung Vetternwirtschaft bewegt. Der Bericht liefert also eine gute Zusammenfassung jüngster Ereignisse und sucht nach Erklärungsansätzen in der Vergangenheit.

Hier ist der gesamte deutschsprachige Artikel zu finden: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5770920>

BRIEFMARATHON ERITREA: CIHAM ALI AHMED SEIT 9 JAHREN INHAFTIERT



Ciham Ali ist 15 Jahre alt, als sie im Dezember 2012 bei einem Fluchtversuch an der Grenze zum Sudan von den eritreischen Behörden festgenommen wird. Seitdem hat sie niemand mehr gesehen oder gesprochen. Seit neun Jahren weiß nicht einmal ihre Familie, wo Ciham ist, wie es ihr geht, ob sie noch lebt. Sie hat keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand und es liegt keine formale Anklage gegen sie vor.

Ciham war ein Fan von Lady Gaga und Green Day. Ihr großer Traum: Modedesignerin werden. Doch während andere Jugendliche in ihrem Alter zur Schule gingen, ließen die eritreischen Behörden Ciham verschwinden. Vermutlich handelte es sich um eine Vergeltungsaktion, die sich gegen ihren Vater richtete.

Zum Hintergrund

Cihams Vater Ali Abdu war Informationsminister in Eritrea und hatte sich kurz vor ihrer Festnahme ins Exil abgesetzt. Der eritreische Präsident Isaias Afwerki beschuldigte ihn der Unterstützung eines Militärputschversuchs. Obwohl Ciham neben der eritreischen auch die US-Staatsbürgerschaft besitzt, hat sich die US-Regierung bisher nicht um ihr Verschwinden gekümmert. Dabei hätte sie die Möglichkeit, auf die eritreischen Behörden einzuwirken.

Die **Haftbedingungen** in Eritrea sind sehr schlecht. Zum Beispiel werden Menschen in unterirdischen Frachtcontainern inhaftiert, in denen sie extremer Hitze und Kälte ausgesetzt sind. Es gibt Berichte darüber, dass viele Menschen in diesen Gefängnissen an Folter, Hunger, Infektionen und den furchtbaren Bedingungen sterben.

Der aktuelle Bericht des UN-Sonderberichterstatters zu Eritrea beschreibt die verheerende menschenrechtliche Situation und geht unter anderem auf die Haftbedingungen in Eritrea so ein „Der Sonderberichterstatter ist auch besorgt darüber, dass Sicherheitskräfte in Eritrea regelmäßig Bürgerinnen und Bürger ohne rechtsstaatliche Verfahren festnehmen und inhaftieren. Die Gefangenen werden in unterirdischen Gefängnissen oder in Metallcontainern unter extremen Witterungsbedingungen oder an geheimen Haftorten festgehalten. Politische Gefangene werden festgehalten, ohne dass sie über die Gründe für ihre Haft informiert sind und ohne dass ein Haftbefehl.“ ([Hier finden Sie den englischsprachigen Bericht des Sonderberichterstatters](#)).

Möglichkeiten zu Handeln

Der diesjährige Briefmarathon wendet sich an den US-Außenminister Blinken. Durch Druck auf die US-Regierung soll erreicht werden, dass sich die USA für die Freilassung von Ciham Ali Ahmed einsetzen. Im [Webshop](#) können kostenlose Briefsets bestellt oder heruntergeladen werden, um bei der **Briefaktion** mitzumachen ([Hier klicken für weitere Infos](#)). Außerdem gibt es eine **Solidaritätsaktion**: Alle können Solidarität mit einem Foto zum Ausdruck bringen, das sie mit einem lila Kleidungsstück zeigt – denn Lila ist Cihams Lieblingsfarbe. Das Foto kann in den sozialen Medien mit dem Hashtag #Purple4Ciham verbreitet werden mit z.B. folgendem Text: „Lila ist Ciham Ali Ahmeds Lieblingsfarbe: Ich zeige Solidarität mit Ciham. Mit 15 wurde sie in Eritrea inhaftiert. Seit 2012 weiß niemand etwas über ihren Verbleib. @SecBlinken – jetzt handeln“.

Zum Briefmarathon

Wie jedes Jahr im Dezember findet auch 2021 der Briefmarathon Amnesty Internationals statt: Weltweit schreiben Millionen Menschen an Regierungen, Angehörige und zu Unrecht Inhaftierte, um Druck auszuüben und Solidarität zu bekunden. Jeder Brief, jede Email, jede Aktion zählt – denn der Briefmarathon wirkt!

Liebe Leser*innen,

Menschenrechtsarbeit kostet Geld. Daher würden wir uns über eine Spende auf das Spendenkonto 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln 370 205 00 unter Angabe des Verwendungszwecks: „2025“ und Ihres Namens oder Ihrer Mitgliedsnummer freuen.

Vielen Dank!

IMPRESSUM:

Amnesty International

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea

Email: aethiopien@amnesty-stuttgart.de

Internet: www.amnesty-aethiopien.de

V.i.S.d.P.: Clara Braungart, Köln

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HAFTUNGSAUSCHLUSS:

Lediglich die mit Amnesty International gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Organisation wieder. Verknüpfungen zu Webseiten Dritten („externe Links“) wurden mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählt. Der Anbieter hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und den Inhalt der verknüpften Webseiten. Eine ständige Überprüfung externer Links ist dem Anbieter ohne konkrete Hinweise nicht zumutbar. Bei Kenntnis über etwaige Rechtsverstöße werden derartige externe Links unverzüglich entfernt.